

Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation: Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1870

Interdisziplinäre Konferenz der Karls-Universität Prag und der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf, vom 30. bis 31. Mai 2003

Dozenten und Studenten der Karls-Universität Prag und die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf trafen sich am 30. und 31. Mai 2003 in Düsseldorf zu einer interdisziplinären Konferenz zum Thema „Propaganda, (Selbst-)Zensur, Sensation: Grenzen von Presse- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland und Tschechien seit 1870“. Im Zentrum standen die (Selbst-)Zensur und Propaganda in der Zeit der Diktaturen. In solchen Zeiten sind, wie der Düsseldorfer Historiker Detlef Brandes in seiner kurzen Einführung erörterte, Zensur und Propaganda zwei Seiten einer Presse- und Wissenschaftspolitik. Im nationalsozialistischen Deutschland und im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ wie auch unter kommunistischer Herrschaft in der ‚Tschechoslowakischen (Sozialistischen) Republik‘ und der ‚Deutschen Demokratischen Republik‘ ging es um die behördliche Kontrolle oder das Verbot von Medien, Informationen, Kunstwerken und wissenschaftlichen Erkenntnissen, entweder durch Vor- bzw. Nachzensur oder durch Selbstzensur der Redakteure und Journalisten, um behördliche Eingriffe zu vermeiden.

Bei der Wahl der Begriffe hätten die Veranstalter zugunsten des heutigen Sprachgebrauchs vereinfacht: Was im NS-System als Propaganda bezeichnet wurde, galt in den kommunistischen Systemen als Agitation, also die schlagwortartige Vereinfachung von Sachverhalten. Der wissenschaftlichen Propaganda für den Marxismus-Leninismus entspreche bei den Nationalsozialisten der Begriff ‚Volksaufklärung‘. Während der Konferenz handelte etwa eine Hälfte der Referate von Zensur und Propaganda in den Diktaturen, die andere von staatlicher Propaganda, Zensur oft in der subtileren Form von Selbstzensur in anderen Zeiten. Den Begriff Sensation hätten die Veranstalter in den Titel aufgenommen, um das oft problematische Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und der Darstellung in den Medien anzusprechen. Auf dieser Konferenz galt dies vor allem für den Bereich der Medizin.

Der Düsseldorfer Historiker *Wolfgang Mommsen* eröffnete mit seinem Vortrag „Lenkung und Selbstzensur der deutschen Presse im Kaiserreich“ das Programm. Zwar habe es eine staatliche Zensur im eigentlichen Sinn im Deutschen Reich nicht gegeben, wohl aber ein differenziertes System der amtlichen Pressebeeinflussung. Die Instrumente, die Bismarck dafür zur Verfügung standen, waren die Kontrolle der ‚Wolffschen Presseagentur‘, die halbamtliche ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ und Kreisblätter, die Versendung von Informationsdiensten und Hintergrundgespräche mit konservativ gesonnenen Journalisten und Verlegern. Gegen oppositionelle Preßorgane ging allein Bismarck mit etwa 1.000 Beleidigungsklagen vor, die oft zu Geld-, manchmal zu Gefängnisstrafen führten, die bei einigen Zeitungen ein „Sitzredakteur“ absitzen musste. Nicht nur diese Gefahr, sondern vor allem ihre Bismarck-Begeisterung veranlasste die Mehrheit der bürgerlichen Presse zu einer „selbstgewollten Selbstzensur“ und zur Hinnahme der Verfolgung der polnischen, katholischen und sozialdemokratischen Zeitungen durch Verbot und Zensur. Bismarcks Nachfolger arbeiteten weniger mit Repressionen als vielmehr mit Subventionen für bestimmte Pressekampagnen und mit informellen Kontakten zu führenden Zeitungsleuten.

Die Militärzensur des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg behandelte der Historiker *Christoph Cornelißen* (Düsseldorf). Die Aufsichtsbehörden sollten jeden Versuch, die „Einigkeit des Deutschen Volkes ... durch parteipolitische Ausführungen zu stören“, verhindern und die Presse „zum Wohl des Vaterlandes“ über militärische Angelegenheiten „strengste Verschwiegenheit“ bewahren. Nur ausgewählte Berichterstatter durften zensierte Berichte absetzen. Die übergroße Zahl der Zensurbestimmungen wurde von den zuständigen Militärbefehlshabern und ihren Mitarbeitern unterschiedlich ausgelegt und von mancher zivilen Stelle in Frage gestellt. Cornelißen kam zu dem Schluss, dass die Zensur zwar eine totale Meinungskontrolle nicht durchsetzen, aber doch die tatsächliche Lage an den Fronten und im Inland verschleiern konnte.

Die Düsseldorfer Germanistin *Sibylle Schönborn* zeigte an Identitätsdiskursen im Feuilleton der Prager Zeitung ‚Bohemia‘ und im ‚Prager Tagblatt‘, wie in den Jahren 1912 und 1913 die Forderung nach einer eindeutigen sprachnationalen Identität noch durch Erzählungen problematisiert wurde, in deren Mittelpunkt Personen mit einer hybriden Identität standen. Nach dem Ausbruch des Krieges verharmlosten die Feuilletonisten die nationalen Gegensätze zu folkloristischer Vielfalt und stellten die Monarchie als Vertreterin des Okzidents einem fremden, orientalischen Balkan gegenüber.

Der Historiker *Boris Barth* (Düsseldorf) behandelte die Selbstzensur am Beispiel politischer Skandale an den Universitäten der Weimarer Republik. Radikale Angriffe auf die Republik und antisemitische Äußerungen wurden toleriert, Verfahren gegen antirepublikanische Professoren endeten meist mit Freispruch oder Verweis. Dagegen wurden Dozenten, die sich kritisch über den Weltkrieg, die Dolchstoßlegende und für die Novemberrevolution aussprachen, von der Studentenschaft bekämpft und mussten bei provozierender Zuspitzung mit ihrer Suspendierung rechnen. Folge dieser „Rechtslastigkeit“ des Hochschulwesens war, dass viele republikfreundliche Dozenten ihre politische Einstellung verschwiegen; sie äußerten sich kaum und blieben politisch inaktiv. Diese Art von Selbstzensur im akademischen Bürgertum bzw. die Stigmatisierung republikanischer Meinungen verhinderten, dass sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – demokratische Strömungen an den Universitäten institutionell manifestieren konnten.

Dem Themenbereich Propaganda wandte sich *Pavel Zeman* zu, der im tschechischen Filmarchiv arbeitet. Die Tschechoslowakei glaubte, als demokratische Republik auf eine vom Staat gesteuerte, zentralisierte Propaganda verzichten zu können. Den Rundfunksendungen aus Deutschland und Österreich stellte der tschechoslowakische Rundfunk nur eine halb- bzw. später einstündige deutschsprachige Sendung entgegen und strahlte erst im Mai 1938 ein ganztägiges Programm in deutscher Sprache aus. Ein dreiviertel Jahr zuvor hatte die tschechoslowakische Wochenschau ‚Aktualita‘ ihre Arbeit aufgenommen. Ihre deutsche Version konnte sich nicht durchsetzen, da deutsche Kinobesitzer sie 1938 nicht mehr zeigen wollten. Die Wochenschau, über deren Inhalt das Innenministerium wachte, berichtete zwar über die Außenpolitik des bedrohlichen Nachbarn, nicht aber über dessen repressive Innenpolitik. Nur zweimal informierte sie über staatsfeindliche Aktivitäten der ‚Sudetendeutschen Partei‘, sechsmal über die Loyalität der deutschen ‚Aktivisten‘. Diese Zurückhaltung entsprach der tschechoslowakischen Außenpolitik, die den NS-Staat nicht provozieren wollte.

Der Düsseldorfer Soziologe *Karl-Heinz Reuband* fragte einerseits danach, wie viele Menschen in Deutschland die beiden antisemitischen Filme ‚Jud Süß‘ und ‚Der ewige Jude‘ gesehen hatten, andererseits danach, wie sie darauf reagiert hatten. Neben schriftlichen Quellen stützte er sich auf eine eigene postalische Umfrage unter 900 älteren Berlinern im Jahre 1999. Reuband geht davon aus, dass die etwa 20 Millionen Menschen, die sich ‚Jud Süß‘ angesehen haben, nicht wegen seiner antisemitischen Tendenz in die Kinos geströmt sind, sondern wegen des damaligen Interesses an historischen Kostümfilmern und der Starbesetzung. ‚Der ewige Jude‘ gab sich als Dokumentarfilm und traf auf viel geringeres Interesse, doch zeigten ihn nicht nur die kommerziellen Kinobesitzer, sondern auch Organe der NSDAP und HJ und wurden Schulklassen in beide Filme geführt. Immerhin 13% der befragten Berliner hatten ihn gesehen, und zwar prozentual wesentlich mehr Männer als Frauen, die wohl von den blutigen Schächtszenen abgestoßen wurden. Aufgrund einer Aufschlüsselung der Befragung nach dem Alter der Besucher vermutet Reuband, dass die beiden Filme unter Jugendlichen größte

re Wirkung erzielt haben, eventuell in Kombination mit Indoktrinationsversuchen bei den HJ-Veranstaltungen.

Um die Wirkung der Propaganda aus Berlin oder Prag, aus London und Moskau und die Stimmung der tschechischen Bevölkerung im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ zu analysieren, hat *Detlef Brandes* für seinen Vortrag drei Quellenkategorien einander gegenübergestellt: erstens Berichte tschechischer Geschäftsreisender, Emigranten und Flüchtlinge, zweitens anonymisierte Meinungsumfragen unter übergelaufenen Angehörigen der ‚Regierungstruppe‘ des Protektorats und drittens Botschaften von Widerstandsgruppen. Brandes kam zum Schluss, dass die tschechische Bevölkerung größeres Verständnis für den Attentismus und die Kollaboration der Protektoratsregierung und des ‚Staatspräsidenten‘ Hácha als die Exilregierung und die Widerstandsbewegung hatte. Nach den Berichten der Einzelreisenden und des Widerstands hatte die Mehrheit trotz der Bewunderung für die Leistungen der Roten Armee größere Angst vor einem Export des Kommunismus, als sie dann unter den neuen Machtverhältnissen nach der Befreiung zeigte. Diese Einschätzung wird jedoch durch die Überläufer nicht bestätigt. In dieser Frage war also die tschechische Gesellschaft gespalten. Der Hass auf Deutschland, vor allem aber auf die Sudetendeutschen war allgemein. Vergeltung für die Schrecken und die Demütigungen der Besatzungsherrschaft und Sicherung gegen ein „neues München“ waren die Motive der Vertreibung für die Widerstandsbewegung wie auch die Mehrheit der Tschechen.

Der Historiker *Tim Fauth* (Düsseldorf) beleuchtete die Zensur im ‚Protektorat Böhmen und Mähren in den Anfangsjahren der Besatzung. Im Herbst 1939 übernahm ein deutscher Arbeitsstab die Aufsicht über die tschechische Presse. Seitdem gab es nach Berliner Vorbild auch in Prag täglich Pressekonferenzen, die die Journalisten der Tagespresse über Auswahl und Gestaltung der Themen instruierten. Verboten war alles, was in der Bevölkerung zu Unruhen führen konnte. Dies galt beispielsweise für Nachrichten über die Ernährungssituation, Preiserhöhungen oder die Überführung tschechischer Institutionen oder Unternehmen in deutsche Hand. Im Mai 1941 wurde etwa die Hälfte der tschechischen Periodika eingestellt. Etwa 3.000 Schriften und 130 tschechische Autoren wurden verboten, Masaryk und Karel Čapek konnten nicht mehr nachgedruckt werden, als die Verlage unter deutsche Kontrolle geraten waren. Dennoch nannte der Literaturkritiker Václav Černý die ersten Besatzungsjahre eine der „größten Zeiten der modernen tschechischen Literatur“. Denn das Publikum suchte in der Literatur Ersatz für die fehlende politische Freiheit. Fauth führt die für das NS-System vergleichsweise lockere Kontrolle auf Personalmangel, Gegensätze zwischen der zuständigen Abteilung beim ‚Reichsprotektor‘ und dem SD und den inhaltlichen Widerstand der Attentisten zurück.

Unter dem Titel ‚Von Gegnern zu Verbündeten‘ erörterte der Düsseldorfer Historiker *Volker Zimmermann* die Propagierung der Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei in vier aufeinander folgenden Perioden. Sie führte von Versuchen zur Überwindung von Hass und Desinteresse in den ersten Nachkriegsjahren über die schematische Gegenüberstellung einer „antifaschistischen“ DDR und einer von „imperialistischen Kreisen“ beherrschten BRD in der ersten Hälfte der 1950-er Jahre zu ersten direkten Kontakten von Bürgern beider Staaten am Ende jenes Jahrzehnts und zu zahlreicheren Begegnungen in den 1960-er Jahren. Weniger die plumpe Propaganda als die offiziellen und inoffiziellen Kontakte hätten erst das jeweilige Nachbarland im Bewusstsein vieler Menschen verankert und so zumindest zum allmählichen Abbau insbesondere der starken tschechischen Vorbehalte gegenüber Deutschen beigetragen.

Milan Drápala, Mitarbeiter des Prager Instituts für Zeitgeschichte, behandelte die Grenzen der Pressefreiheit in der Zeit der ‚Nationalen Front‘, in der sich die zugelassenen vier tschechischen und zwei slowakischen Parteien zusammengeschlossen hatten. Nur sie und einige Großverbände wie die Gewerkschaften, später auch wenige anerkannte Persönlichkeiten durften Periodika herausgeben. Die Parteien sorgten dafür, dass das Bündnis mit der Sowjetunion, die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen und Magyaren sowie die weitgehende Verstaatlichung der Industrie nicht kritisiert wurden. Als Wochenzeitungen der katholischen ‚Volkspartei‘ seit Herbst 1945 immer kritischer berichteten, forderte der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký Eingriffe in die Struktur und Freiheit der Presse. Die Volkspartei sorgte selbst dafür, eines

ihrer Mitglieder, die mutige Politikerin und Journalistin Helena Koželuhová mundtot zu machen. Das Informationsministerium hatte mit der Verfügung über das Papier ein mächtiges Kontrollinstrument erhalten, wurde aber mehrmals durch Vereinbarungen innerhalb der ‚Nationalen Front‘ gebremst. Angesichts des Drucks der Kommunisten auf ihre Presse schien es den bürgerlichen Politikern als geringeres Übel, durch ein Gesetz die Zensur einzuführen und zugleich zu begrenzen.

Nach der Übernahme der Alleinherrschaft brauchten die Kommunisten nicht mehr über die Pressefreiheit zu diskutieren. Der Prager Rechtshistoriker *Karel Malý* beschrieb nach einem Überblick über das Presserecht, das seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in den böhmischen Ländern galt, die Pressepolitik des kommunistischen Regimes. Die Kontrolle übernahmen ein ‚Presseaufsichtsamt‘ im Innenministerium, in den Zeitungen saßen ‚Zensurredakteure‘ und bei der Post Beamte der Staatssicherheit, die Verlagsproduktion wurde von einem ‚Lektorenrat‘ genehmigt. Im Juni 1968 wurde die Pressezensur aufgehoben und nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im September wieder eingeführt.

Die Prager Historikerin *Alena Míšková* beschrieb in ihrem Beitrag zwei Säuberungswellen in den Bibliotheken der 42 Institute der 1952 in Prag gegründeten Akademie der Wissenschaften. Betroffen waren vor allem die Literatur über die Sowjetunion und den Bolschewismus sowie die Werke von Exkommunisten auf der einen und nicht-kommunistischen Politikern der Tschechoslowakei auf der anderen Seite. Ironischerweise durfte das ‚Kabinetts Zdeněk Nejedlýs‘, des kommunistischen Präsidenten der Akademie, das voller verbotener Werke war, nicht überprüft werden. Es hat alle Säuberung unbeschädigt überlebt, nicht jedoch das Hochwasser des vorigen Jahres. Insgesamt verteidigten die Institute ihre Bücherbestände mit allen möglichen Argumenten recht erfolgreich. Insgesamt wurden etwa 800 Bücher ausgesondert, was angesichts einer zweihunderttausendbändigen Sammlung allein in der Akademischen Zentralbibliothek eher bedeutungslos war.

Dramatischer waren die Verluste der allgemeinen Bibliotheken: In den ersten drei Jahren nach der kommunistischen Machtergreifung wurden 20 Millionen, in den 1950er Jahren weitere 7,5 Millionen Bücher den Papiermühlen überantwortet. Verbote trafen aber auch die moderne bildende Kunst und Musik. Das beste Prager Jazz-Orchester wurde zur Zirkuskapelle degradiert. Schließlich wurden die Kontakte zum Westen und zu Jugoslawien gekappt. Ausführlich behandelte *Jiří Pešek*, Leiter des Prager Lehrstuhls für deutsche und österreichische Studien, die Kontrolle von Druckschriften, die Privatpersonen per Post zugeschickt wurden. Er hat die Bestände der Prager Bezirksprokuratur gesichtet, in denen die konfiszierten Periodika lagern, wobei die beanstandeten Artikel rot angestrichen und kurz kommentiert wurden. Sie reichten von Nachrichten über politischen Terror in der Tschechoslowakei bis zur Meldung, dass russische Besatzungsoffiziere in Österreich einem Nudistenklub beigetreten und nachts erwischt worden seien. Zumindest 1948 und 1949 konnte sich eine nicht gerade kleine Schicht von Bürgern noch aus westlichen Quellen informieren, schließt Pešek aus seinem Fund. Schließlich legte *Bohumil Doležal*, ehemaliger Abgeordneter und freier Journalist, seine Sicht der Entwicklung der Presse in der erneuerten tschechischen Demokratie dar.

Fünf Vorträge waren zu einem Themenblock „Herausforderungen an die Medizin und ihre öffentliche Wahrnehmung“ verbunden. *Petr Svobodný*, Mitarbeiter des Prager Universitätsarchivs, zeigte, dass in den ersten drei Nachkriegsjahren noch das britische neben dem sowjetischen Modell als Vorbild für die Umgestaltung des tschechoslowakischen Gesundheitswesens diskutiert wurde. Nach dem Februar 1948 bezeichneten dagegen die beiden wichtigsten medizinischen Zeitschriften, die ‚Zeitschrift der tschechischen Ärzte‘ sowie der ‚Anzeiger der tschechoslowakischen Ärzte‘, nur noch die Sowjetunion als „unseren Lehrer“. Das Gesundheitswesen sollte „geplant“ und „vereinheitlicht“ werden. Die Standesorganisation der Ärzte wurde in die Gewerkschaftsbewegung integriert. Aus Erinnerungen von Ärzten weiß Svobodný, dass diese das Vordringen der politischen Propaganda in ihre Fachorgane verärgert und ironisch zur Kenntnis genommen haben.

Das „einheitliche Gesundheitswesen“ hatte aber auch einige Erfolge, nämlich bei Prävention von Krankheiten und der Fortbildung der Ärzte zu verzeichnen, worauf die Prager Mediziner *Michal Anděl*, *Pavel Čech* und

Pavel Kraml hinwiesen. 1968 wurden der Ärzteverband kurzzeitig wiederbelebt und über die freie Arztwahl diskutiert. In der Phase der Resowjetisierung, der sog. ‚Normalisierung‘, wandte sich das Regime von der Präventionsmedizin ab und förderte Bereiche wie die Kardiochirurgie und Transplantationsmedizin, deren Erfolge die Partei ihrer Politik zuschreiben konnte. Dagegen verbot das Regime der Presse, über die extreme Luftverschmutzung in Nordböhmen, die Zahl der Selbstmorde, über Geburtsfehler oder Dopingfälle zu berichten und bagatellierte die Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl. In den 80er Jahren erwiesen sich die wenig realistischen Fernsehserien wie ‚Krankenhaus am Rande der Stadt‘ und ‚Rettungswagen‘ als Straßenfeger. Seit 1989 steht die Aufmerksamkeit der Medien im Zeichen der Sensation. Der Hauptunterschied zu Deutschland liegt wohl in Protesten und Streiks gegen die niedrigen Löhne nicht nur des Pflegepersonals, sondern auch der Ärzte.

Der Düsseldorfer Medizinhistoriker *Alfons Labisch* verglich „skandalisierte Krankheiten und echte Killer“ wie die Cholera und den ‚gemeinen‘ Durchfall seit den 1830er Jahren, wie die Tuberkulose und die Influenza-Epidemie 1917-1919. Die Wahrnehmung solch skandalisierter Krankheiten, zuletzt von SARS, und die Reaktionen im öffentlichen Raum entsprächen nicht ihrer „wahren“ Bedeutung als „killer“. Die alltägliche Not, die alltägliche Krankheit, der alltägliche Tod erregten dagegen keine Aufmerksamkeit. Neue akute und/oder bedrohliche Seuchen bildeten aber immer wieder herausragende Argumentationsfiguren, um öffentliche Gesundheitsleistungen zu diskutieren und durchzusetzen, wie z.B. nach der Cholera-Epidemie in Hamburg.

Thomas Ruzicka, Chef der Düsseldorfer Hautklinik, sprach über das Bild des Arztes „zwischen soap opera und Gerichtssaal“. Anschaulich demonstrierte er, unter welchen gegensätzlichen „Typen“ wie Skandalarzt oder Heroe der Wissenschaft, pfuschender oder Lifestyle-Mediziner die Medien die gesamte Ärzteschaft präsentieren und die breite Öffentlichkeit sie wahrnimmt. Kritisch äußerte er sich gegenüber einem solchen einseitigen Journalismus, der sich statt für Fortschritte der Medizin für Skandale und Sensationen interessiert sowie über den Typus des naturheilkundlichen Schamanen und Wunderheilers. Die Qualität der Berichte in den Medien leide auch darunter, dass in den Medien aus wirtschaftlichen Gründen kompetentes Personal abgebaut worden sei. Gegen den Sensationsjournalismus helfe nur Schulterchluss seriöser Mediziner mit seriösen Medien.

Dafür plädierte auch *Torsten Casimir*, Redakteur der Düsseldorfer Tageszeitung „Rheinische Post“: „Gesundheit mache Auflage“, weil Informationen über Gesundheit und Krankheit einen „Nutzwert“ versprechen, Gesundheit als das „höchste Gut“ gelte, die Medizin ständig Fortschritte mache und ihre Ergebnisse systematisch und professionell kommuniziert würden. Anschließend legte er seine Konzeption für die wöchentliche Gesundheitsseite der ‚Rheinischen Post‘ dar, eine Kombination aus einer „Doktors Kolumne“, einem möglichst zur Jahreszeit passenden Schwerpunktthema und aktuellen Kurznachrichten. Bei der Vermittlung von Informationen von der Wissenschaft zum Leser, von der Fach- zur Alltagssprache könne vieles schief gehen: Ein mögliches Gegenmittel sei eine kontinuierliche Verbindung des Journalisten zu einem Kreis von Fachleuten.

In der Gesamtschau ergaben die Konferenzbeiträge ein facettenreiches Bild der Entwicklung der Wissenschafts- und Pressefreiheit in Deutschland und Tschechien von 1870 bis 1989. Dies ermöglichte nicht zuletzt der interdisziplinäre Charakter der Konferenz – auch wenn die Historiker eindeutig in der Überzahl waren – sowie die Förderung durch wissenschaftsnahe und private Förderer.¹ Die meisten Referenten präsentierten neue Forschungsergebnisse, wobei die Vielfalt der dargebotenen Ansätze die gesamte Bandbreite der Forschung zu diesem Thema aufzeigte. Gerade die Begegnung unterschiedlicher Forschungsmethoden machte

¹ Zur Förderung der Konferenz hatte sich eine Reihe von Sponsoren bereiterklärt: die Anton-Betz-Stiftung der Rheinischen Post e.V., die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sowie das Institut für Internationale Kommunikation der Heinrich-Heine-Universität, der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds und die Georg-Strohmeier-Stiftung.

den Reiz dieser Veranstaltung aus. In jedem Fall kann aber der geplante Sammelband zur Konferenz mit Spannung erwartet werden und sollte zur weiteren Diskussion über dieses Thema anregen.

Severin Gawlitta, Dmitry Myeshkov (Düsseldorf)

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2003, Nr.063
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/063-03.pdf>